

Gesundheit für Alle – Für eine inklusive, individuelle und innovative Gesundheitspolitik

Beschluss der Bundesmitgliederversammlung der LSU Deutschland
27. Oktober 2024

Vorwort

In einer Zeit, in der die Gesundheitsversorgung vor bedeutenden Herausforderungen steht, ist es unerlässlich, auch die spezifischen Bedürfnisse von LSBTIQ+-Menschen in der politischen Diskussion mit zu berücksichtigen. Als LSU setzen wir uns für eine inklusive Gesundheitspolitik ein, die sich nicht nur mit allgemeinen Gesundheitsfragen, sondern auch mit den besonderen Belangen der LSBTIQ+-Community beschäftigt.

Nach wie vor aktuelle Lieferengpässe und der Mangel an lebenswichtigen Medikamenten stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger dar. Besonders betroffen sind vulnerable Gruppen, zu denen auch zahlreiche Mitglieder der LSBTIQ-Community gehören. Wir fordern daher eine konsequente Medikamentensicherstellung, um die Versorgungslücken zu schließen und die Gesundheit aller Menschen zu gewährleisten.

Ein weiteres Kernthema unserer politischen Bestrebungen liegt in der Förderung von Schwerpunktpraxen insbesondere im ländlichen Raum, die auf die Bedürfnisse von LSBTIQ+-Menschen spezialisiert sind. Diese Praxen müssen nicht nur medizinisch kompetent sein, sondern auch ein Umfeld bieten, in dem sich alle Menschen sicher und akzeptiert fühlen.

HIV bleibt ein zentrales Anliegen.

In diesem Zusammenhang unterstützen wir nicht nur die Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) und Post-Expositions-Prophylaxe (PEP), sondern befürworten zudem eine innovative HIV-Forschung am Wissenschaftsstandort Deutschland.

Darüber hinaus gilt es, die Lebensqualität von Menschen mit HIV zu verbessern und Stigmatisierung entgegenzuwirken.

Wir als LSU stehen für eine Gesundheitsversorgung, die Vielfalt anerkennt und die Gleichbehandlung aller Menschen in den Fokus rückt. Gemeinsam setzen wir uns für eine solidarische und gerechte Gesundheitspolitik ein, die niemanden zurücklässt. Dieses Vorwort betont die Wichtigkeit der Themen und die Rolle der LSU in der Gesundheitsdiskussion, während sie gleichzeitig die spezifischen Anliegen der gesamten Community adressiert.

Lieferengpässe, Medikamentenmangel und Medikamentensicherstellung

In den letzten Jahren haben sich Lieferengpässe und der Mangel an Medikamenten zu einem ernsthaften Problem entwickelt, das nicht nur die allgemeine Bevölkerung, sondern insbesondere auch die LSBTIQ+-Community betrifft. Viele Menschen sind auf spezifische Medikamente angewiesen, die für die Behandlung von chronischen Erkrankungen oder zur Prävention von Infektionen, wie z. B. HIV, unerlässlich sind. Diese Engpässe gefährden die Gesundheit und das Wohlbefinden der Betroffenen und erfordern dringend politische Maßnahmen.

Die Ursachen für die Lieferengpässe sind vielfältig und reichen von Produktionsproblemen in den pharmazeutischen Betrieben über regulatorische Hürden bis hin zu globalen Krisen, welche die Lieferketten beeinträchtigen. Diese Situation führt nicht nur zu einer unzureichenden Versorgung, sondern auch zu einer erhöhten Unsicherheit für Patienten, die auf eine kontinuierliche Medikation angewiesen sind.

Um die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, fordern wir eine umfassende Strategie zur Medikamentensicherstellung.

Dies umfasst:

Stärkung der Produktionskapazitäten:

Die Bundesregierung muss Anreize schaffen, um die nationale und europäische Produktion von Arzneimitteln zu fördern und zu diversifizieren. Dies könnte unter anderem durch finanzielle Unterstützung für Unternehmen geschehen, die in die Herstellung von essenziellen Medikamenten investieren.



Transparente Kommunikation:

Eine verbesserte Kommunikation über bestehende Lieferengpässe ist notwendig, um Ärzte und Apotheker über diese in Kenntnis zu setzen und ihnen damit die Möglichkeit zu bieten, rechtzeitig alternative Behandlungsmöglichkeiten für ihre Patientinnen und Patienten zu finden. Wir fordern die Einrichtung einer zentralen Informationsstelle, die aktuelle Daten zu Lieferengpässen bereitstellt.

Regulatorische Anpassungen:

Als LSU sprechen wir uns für eine Überprüfung und Anpassung der bestehenden regulatorischen Rahmenbedingungen aus, um sicherzustellen, dass lebenswichtige Medikamente schnell und effizient auf den Markt gelangen können. Hierbei sollten auch die Bedürfnisse von spezifischen Patientengruppen, wie die von LSBTIQ+-Menschen, berücksichtigt werden.

Langfristige Strategien:

Die Entwicklung von langfristigen Strategien zur Krisenbewältigung in der Arzneimittelversorgung ist unerlässlich. Dies könnte die Schaffung von strategischen Reserven für kritische Medikamente umfassen, um in Notfällen schnell reagieren zu können.

Wir sind davon überzeugt, dass durch gezielte Maßnahmen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Industrie und Gesundheitsdienstleistern die Herausforderungen im Bereich der Arzneimittelversorgung erfolgreich angegangen werden können. Die Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger muss dabei im Mittelpunkt stehen.

Schwerpunktpraxen im ländlichen Raum

Schwerpunktpraxen sind entscheidend für die bedarfsgerechte medizinische Versorgung von LSBTIQ+-Menschen und tragen zur Verbesserung der gesundheitlichen Chancengleichheit bei. Der Zugang zu Schwerpunktpraxen ist im ländlichen Raum oft erschwert. Deshalb setzen wir uns für die Schaffung neuer und Stärkung bestehender Schwerpunktpraxen im ländlichen Raum ein.

Für die LSBTIQ+-Community sind solche Schwerpunktpraxen besonders wichtig, da sie nicht nur eine spezialisierte medizinische Versorgung bieten, sondern auch ein sicheres und akzeptierendes Umfeld schaffen.

In diesen Praxen können Patienten offen über ihre gesundheitlichen Anliegen



sprechen, ohne Angst vor Diskriminierung oder Stigmatisierung haben zu müssen. Die medizinische Versorgung im ländlichen Raum im Allgemeinen steht vor besonderen Herausforderungen. Viele ländliche Regionen leiden unter einem Mangel an Haus- und Fachärzten, was den Zugang zu wichtigen Gesundheitsdiensten einschränkt. Dies betrifft auch die Versorgung von LSBTIQ+-Menschen.

Schwerpunktpraxen, für LSBTIQ+-Menschen, die ein vertrauliches unterstützendes Umfeld bieten, sind von sehr großer Bedeutung.

Als LSU sehen wir dabei folgende Maßnahmen als zwingend notwendig an:

Förderung von Schwerpunktpraxen im ländlichen Raum:

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Einrichtung und den Betrieb von Schwerpunktpraxen im ländlichen Raum zu unterstützen. Dies kann unter anderem durch finanzielle Anreize, wie Zuschüsse oder Förderprogramme, geschehen, um sicherzustellen, dass diese Praxen in der Lage sind, qualitativ hochwertige Gesundheitsdienstleistungen anzubieten.

Ausbildung und Sensibilisierung des medizinischen Personals:

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Ausbildung und Sensibilisierung des medizinischen Personals in Bezug auf die spezifischen Bedürfnisse von LSBTIQ+-Menschen. Wir fordern die Integration von Inhalten zu Diversität und Inklusion sowie diskriminierungssensibler Sprache in die medizinische Ausbildung sowie Angebote für Fortbildungen für bereits praktizierende Ärzte und medizinische Fachkräfte. Im Allgemeinen ist bei Themen, die LSBTIQ+-Menschen betreffen entscheidend, nicht nur über sie zu sprechen, sondern Expertinnen und Experten aus der Community explizit miteinzubeziehen.

Zugang zu spezialisierten Gesundheitsdiensten:

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen der LSBTIQ+-Community Zugang zu spezialisierten Gesundheitsdiensten haben, die auf ihre besonderen Bedürfnisse zugeschnitten sind. Dies umfasst nicht nur die Behandlung von HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen, sondern auch die psychologische Unterstützung.

Telemedizinische Angebote:

Um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum zu verbessern, sollten auch telemedizinische Angebote ausgebaut und gefördert werden.



Diese können dazu beitragen, die Barrieren für den Zugang zu spezialisierten Gesundheitsdiensten zu verringern und sicherstellen, dass LSBTIQ+-Menschen auch in abgelegenen Regionen die notwendige medizinische Betreuung erhalten.

Vernetzung und Zusammenarbeit:

Wir plädieren für eine stärkere Vernetzung zwischen Schwerpunktpraxen, allgemeinen medizinischen Einrichtungen und anderen Gesundheitsdienstleistern. Eine enge Zusammenarbeit kann dazu beitragen, dass Patienten eine umfassende und koordinierte Versorgung erhalten, die ihren individuellen Bedürfnissen gerecht wird.

Wir als LSU sind davon überzeugt, dass die Stärkung von Schwerpunktpraxen im ländlichen Raum ein entscheidender Schritt zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung von LSBTIQ+-Menschen ist. Durch gezielte Maßnahmen und politische Unterstützung kann eine inklusive und gerechte Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Deutschland gewährleistet werden.

HIV-Forschung

Die HIV-Forschung ist entscheidend für die Verbesserung der Lebensqualität von Menschen mit HIV und für die Bekämpfung der HIV-Pandemie. Die HIV-Forschung hat in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte erzielt, insbesondere in der Entwicklung von antiretroviralen Therapien (ART), die es Menschen mit HIV ermöglichen, ein langes und weitestgehend normales Leben zu führen. Dennoch bleibt HIV eine der größten Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, und es besteht ein dringender Bedarf an innovativen Forschungsansätzen, um die Krankheit endgültig zu bekämpfen.

Als LSU unterstützen wir die kontinuierliche Forschung zur Verbesserung der bestehenden Therapien. Ziel ist es, Medikamente zu entwickeln, die noch besser verträglich sind und einfacher eingenommen oder angewendet werden können. Neue Ansätze wie Depotpräparate oder Implantate, könnten die Therapie für viele Patienten erleichtern und die Adhärenz erhöhen.

Dennoch bleibt HIV eine der größten Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit und es besteht ein dringender Bedarf an innovativen Forschungsansätzen, um die Krankheit endgültig zu bekämpfen.



Trotz erheblicher Fortschritte gestaltet sich die Entwicklung einer effektiven HIV-Impfung als äußerst herausfordernd. Als LSU fordern wir eine verstärkte Unterstützung von Forschungsprojekten, die innovative Impfansätze untersuchen, um einen breiten Schutz gegen verschiedene HIV-Varianten zu erreichen. Die Fortschritte in der Heilungsforschung erkennen wir an, insbesondere die vielversprechenden Ansätze, die auf die Eliminierung von HIV-Reservoirern abzielen. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Finanzierung und Unterstützung für klinische Studien zu erhöhen, die sich mit der Heilung von HIV beschäftigen. Neben der medizinischen Forschung ist es wichtig, auch die sozialen Determinanten von Gesundheit zu berücksichtigen. Auch deshalb fordern wir die Unterstützung von Studien, die sich mit den Auswirkungen von Stigmatisierung und Diskriminierung auf die HIV-Prävention und -Behandlung befassen.

Eine umfassende Forschung, die sowohl medizinische als auch soziale Aspekte berücksichtigt, ist entscheidend, um die Pandemie effektiv zu bekämpfen.

Wir fordern in diesem Zusammenhang:

Erhöhung der Forschungsförderung:

Wir fordern eine signifikante Erhöhung der staatlichen Mittel für die HIV-Forschung, um innovative Ansätze zur Prävention, Therapie und Heilung zu entwickeln.

Interdisziplinäre Zusammenarbeit:

Es ist wichtig, dass medizinische, soziale und psychologische Forschungsansätze miteinander verknüpft werden, um eine ganzheitliche Sicht auf die Herausforderungen im Umgang mit HIV zu entwickeln.

Zugang zu Forschungsergebnissen:

Wir setzen uns dafür ein, dass Forschungsergebnisse zeitnah veröffentlicht und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dies ist entscheidend, um das Vertrauen in die Forschung zu stärken und die Akzeptanz neuer Therapien zu fördern.

Aufklärung und Prävention:

Wir fordern, dass Forschungsergebnisse in präventive Maßnahmen umgesetzt werden, um das Bewusstsein für HIV zu erhöhen und die Stigmatisierung von Betroffenen abzubauen.

Als LSU sind wir davon überzeugt, dass eine verstärkte Unterstützung der HIV-Forschung entscheidend ist, um die Herausforderungen im Umgang mit HIV zu bewältigen. Durch gezielte politische Maßnahmen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Forschung, Gesundheitswesen und der LSBTIQ+-Community kann ein bedeutender Fortschritt in der Bekämpfung der HIV-Pandemie erzielt werden.

Die Bekämpfung von HIV darf dabei aber nicht nur auf nationaler Ebene erfolgen, sondern muss als globale Aufgabe angesehen werden.

Nur durch internationale Zusammenarbeit und Solidarität können wir die Ziele der UNAIDS-Strategie "90-90-90" bis 2030 erreichen: 90% der HIV-positiven Menschen sollen von ihrer Infektion wissen, 90% der diagnostizierten Personen sollen antiretrovirale Therapien erhalten und bei 90% dieser Patienten soll eine Virussuppression erreicht werden.

Als wirtschaftlich starkes Land in der Mitte Europas trägt Deutschland eine besondere Verantwortung für die weltweite Gesundheitsversorgung. Deutschland muss sich stärker in der globalen HIV-Forschung engagieren und Länder mit geringeren Ressourcen finanziell und technisch unterstützen. Nur gemeinsam können wir die Ausbreitung von HIV stoppen und die Lebensqualität von Menschen mit HIV weltweit verbessern.

Post-Expositions-Prophylaxe (PEP) und Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP)

PEP ist eine Notfallmaßnahme zur Prävention von HIV-Infektionen, die innerhalb von 48 (max. 72) Stunden nach einer potenziellen Exposition, wie beispielsweise nach einem sexuellen Übergriff, eingenommen werden muss.

Je früher die PEP begonnen wird, desto höher ist die Chance, eine HIV-Infektion zu verhindern.

Wir begrüßen die erst seit wenigen Jahren bestehende Erstattungsfähigkeit der PEP auch bei außerberuflicher Exposition ausdrücklich. Nichtsdestotrotz bestehen hier noch Herausforderungen.



Als LSU fordern wir in diesem Zusammenhang:

Aufklärung und Sensibilisierung:

Während die PEP unter medizinischem Personal und in urbanen Zentren gut bekannt ist, wissen viele Menschen in der breiten Öffentlichkeit, vor allem in ländlichen Gebieten, wenig über die Existenz und Verfügbarkeit dieser Maßnahme. Als LSU setzen wir uns für umfassende Aufklärungsmaßnahmen ein, um das Bewusstsein für PEP in der Bevölkerung zu erhöhen.

Zugang zu medizinischer Versorgung:

Wir fordern, dass der Zugang zur PEP auch in ländlichen Gebieten zeitnah möglich ist. Betroffene, insbesondere diejenigen, die Opfer sexualisierter Gewalt geworden sind, müssen schnell Zugang zu medizinischer und psychischer Beratung erhalten.

Durch gezielte politische Maßnahmen und eine umfassende Aufklärung kann die Prävention von HIV-Infektionen nachhaltig gestärkt werden. Als LSU begrüßen wir sehr, dass die Kosten für die Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) in der Zwischenzeit vollständig von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden, da sie einen wichtigen Beitrag zur HIV-Prävention leisten und es Menschen ermöglicht, ihre sexuelle Gesundheit aktiv zu schützen.

Als LSU fordern wir die Beihilfestellen der Länder auf, die die Kosten nicht übernehmen, diese zu übernehmen.

Zusammenfassung

Als LSU setzen wir uns intensiv mit den Herausforderungen im Gesundheitswesen, insbesondere im Bereich der LSBTIQ+-Community, auseinander. Wir plädieren für eine Gesundheitsversorgung, die Vielfalt anerkennt und die Gleichbehandlung aller Menschen in den Fokus rückt. Durch gezielte politische Maßnahmen, Aufklärung und Forschung kann die Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland nachhaltig verbessert werden. Wir werden weiterhin aktiv für diese Anliegen eintreten und die notwendige politische Unterstützung einfordern, um eine innovative, bedarfsgerechte und für jeden erreichbare Gesundheitspolitik für alle Menschen zu gewährleisten.